FUEN-KONGRESS HAUPTRESOLUTION 2023

Die Notwendigkeit intensiver Konsultationen mit nationalen Minderheiten

In Zeiten des andauernden Russischen Angriffskrieges in der Ukraine und einer regelbasierten internationalen Ordnung, die in Frage gestellt wird, fordert die FUEN die politischen Entscheidungsträger auf globaler, europäischer und nationaler Ebene auf, sich intensiver mit Fragen der autochthonen nationalen Minderheiten auseinanderzusetzen. Solch ein Austausch ist für den Zusammenhalt multiethnischer und mehrsprachiger Gesellschaften in der EU und darüber hinaus unerlässlich.

Daher hat die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) auf ihrer Delegiertenversammlung am 9. September 2023 in Pécs • Fünfkirchen • Pečuh folgende Resolution angenommen:

1. Die FUEN fordert die politischen Entscheidungsträger auf, die bestehenden Konsultationsmöglichkeiten, über die sie in einen Dialog mit autochthonen nationalen Minderheiten treten, neu zu bewerten. Die bestehenden Vereinbarungen müssen für einen Meinungsaustausch zwischen Minderheiten und Mehrheiten besser genutzt werden.
2. Die FUEN fordert die Einrichtung eines ständigen beratenden Gremiums unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments. Dieses Gremium sollte sich aus Vertretern der Organisationen der autochthonen nationalen Minderheiten aus der gesamten EU zusammensetzen. Es sollten die notwendigen Voraussetzungen und Ressourcen geschaffen werden, damit dieses beratende Gremium effektiv arbeiten kann.
3. Die Europäische Kommission sollte ihre Entscheidung die Minority SafePack Initiative (MSPI) abzulehnen noch einmal überdenken. Die MSPI muss respektiert werden, da sie die Ziele von mehr als einer Million Bürgerinnen und Bürgern aus der EU widerspiegelt, die weiter entwickelte Minderheitenschutzstandards fordern.
4. Die EU-Mitgliedsstaaten sollten mit der Übernahme des Minority SafePack auf nationaler Ebene fortfahren. Die FUEN ruft in dieser Hinsicht zur Zusammenarbeit zwischen den nationalen Regierungen und Parlamenten auf und hofft auf eine positive Ausstrahlung.
5. Die FUEN bietet den europäischen und internationalen Organisationen ihre volle Unterstützung und Expertise an. Wir sind bereit, zur Entwicklung und Umsetzung einer sinnvollen Politik zum Schutz der Minderheitenrechte beizutragen.

Der 25. Jahrestag des Inkrafttretens der Minderheiten-Konventionen des Europarates

6. 2023 jährt sich zum 25. Mal das Inkrafttreten zweier wichtiger internationaler Dokumente im Bereich des Schutzes von Minderheitenrechten - das Rahmenübereinkommens über nationale Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats. Beide Dokumente sind nach wie vor zentrale rechtsverbindliche Instrumente zum Schutz der Rechte von Minderheiten, einschließlich sprachlicher Rechte, und zur Gewährleistung der effektiven Teilnahme von Minderheiten am öffentlichen

Leben sowie des Schutzes und der Förderung historischer Regional- und Minderheitensprachen in multiethnischen Gesellschaften in ganz Europa.

7. Die FUEN hält es für besorgniserregend, dass den Empfehlungen des Europarates nicht immer rechtliche und politische Anpassungen durch die nationalen Regierungen folgen, und fordert den Europarat auf, die beiden Rechtsinstrumente und deren Durchsetzung zu überarbeiten und zu modernisieren.

Über die institutionellen Beziehungen zwischen der EU und dem Europarat

8. Am 18. April 2023 nahm das Europäische Parlament eine Resolution zu den institutionellen Beziehungen zwischen der EU und dem Europarat an (2022/2137(INI)). Die FUEN erkennt die Bedeutung dieser Resolution an und schließt sich ihrem Inhalt voll und ganz an.
9. Die FUEN begrüßt nachdrücklich die Stärkung des politischen Dialogs und der institutionellen Zusammenarbeit in den Bereichen des Schutzes der Rechte von Minderheiten und der sprachlichen Vielfalt in Europa zwischen den beiden Institutionen.
10. Die FUEN fordert den Beitritt der EU zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR). Dies würde es Einzelpersonen, einschließlich Millionen europäischer Bürger, die nationalen und sprachlichen Minderheiten angehören, ermöglichen, direkt vor dem EGMR gegen die EU zu klagen.

Der 30. Jahrestag des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) der OSZE

11. 2023 ist auch der 30. Jahrestag der Einrichtung des Amts des Hochkommissars für nationale Minderheiten bei der OSZE. Die FUEN schätzt die Bemühungen des HKNM zur Verhinderung von Konflikten in multiethnischen Gesellschaften und zur Unterstützung der Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Förderung einer inklusiven Integrationspolitik mit Respekt für die Vielfalt.
12. Die FUEN fordert den HKNM auf, der Zusammenarbeit mit Minderheitenorganisationen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, seine Partnerschaft mit der FUEN zu vertiefen und mehr Ressourcen für die Unterstützung der Stärkung von Minderheiten zur Verfügung zu stellen. Die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen von Minderheiten ist besonders wichtig in den Teilen der OSZE-Regionen, in denen Minderheiten als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen werden.